

# WAHLPROGRAMM DER DKP

zur Abgeordnetenhauswahl am  
18. September 2016 in Berlin

**NICHT  
MITSPIELEN,  
SONDERN  
AUFMISCHEN!**

AM 18. SEPTEMBER DKP WÄHLEN!



**DKP**



**BERLIN**

Deutsche Kommunistische Partei





### **Impressum & Kontakt:**

Deutsche Kommunistische Partei Berlin  
[www.dkp-berlin.info](http://www.dkp-berlin.info)  
[de.facebook.com/DKP Berlin](https://de.facebook.com/DKP-Berlin)  
[info@dkp-berlin.info](mailto:info@dkp-berlin.info)  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

# Inhalt



Die Offensive gegen unsere sozialen und demokratischen Rechte ist in vollem Gange – wehren wir uns! 04

---

Reichtum besteuern, Sozialabbau stoppen  
Keine Rendite mit der Miete! 06

---

Keine Rendite mit der Miete!  
Die Berliner Wohnungspolitik braucht Widerstand! 08

---

Für ein soziales Gesundheitswesen,  
konsequent gegen Klassenmedizin 11

---

Lernorte für alle ausbauen! Schluss mit einem  
Schulsystem, das krank macht! 13

---

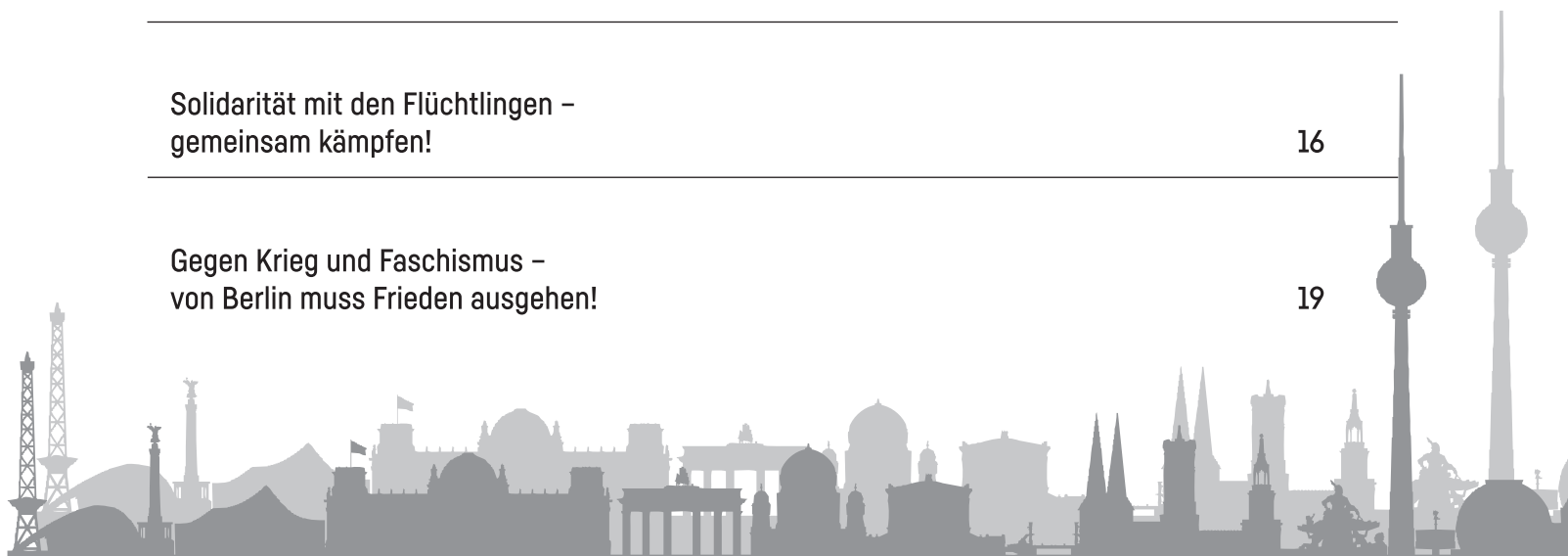
Verkehr in Berlin: Vorfahrt für die Stadt  
und ihre Bewohner! 15

---

Solidarität mit den Flüchtlingen –  
gemeinsam kämpfen! 16

---

Gegen Krieg und Faschismus –  
von Berlin muss Frieden ausgehen! 19



# Die Offensive gegen unsere sozialen und demokratischen Rechte ist in vollem Gange – wehren wir uns!

Immer mehr Menschen spüren es am eigenen Leib: Das Leben ist schwerer geworden. Und sie denken: Es wird nicht besser werden. Denn wir alle erfahren nun schon seit vielen Jahren, dass es immer schwieriger wird, ein menschenwürdiges Leben zu führen – ein Leben, in dem das Geld nicht ständig knapp ist, ein Leben ohne die Angst, dass es vielleicht schon bald nicht mehr reichen wird, ein Leben, in dem man einfach sein Auskommen hat und der Druck am Arbeitsplatz nicht weiter wächst.

Die Menschen wollen nicht, dass die Mieten immer teurer werden, sie wollen nicht, dass kein bezahlbarer Wohnraum mehr angeboten wird. Sie wollen nicht immer härter arbeiten, um ihren Lebensstandard vielleicht gerade noch so halten zu können. Sie möchten keine Angst davor haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Sie wollen, wenn sie arbeitslos sind, nicht vom „Job-Center“ schikaniert werden. Sie können nicht nachvollziehen, dass die Krankenkassenbeiträge steigen und steigen, obwohl die medizinische Versorgung immer schlechter wird. Sie schütteln den Kopf darüber, dass viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen. Und auch das: Viele fragen sich, warum die Regierung immer wieder den Frieden aufs Spiel setzt, warum sie sich aktiv an Kriegen beteiligt, warum sie die Konfrontation mit Russland sucht und mit solchen brutalen und unberechenbaren Regimes wie in der Türkei, in Saudi-Arabien oder in der Ukraine zusammenarbeitet.

## Ja, es stimmt:

Wir werden angegriffen und uns wird immer mehr weggenommen. Zugleich aber stellen viele Menschen fest, dass die Reichen immer reicher werden, während die übrigen 90 Prozent sehen müssen, wo sie bleiben, weil der produzierte Reichtum immer ungerechter verteilt wird. Und sie haben die Erfahrung gemacht, dass sie sich auf die Politik von Regierungen, Parteien und Parlamenten nicht verlassen können. Deshalb gehen viele schon lange nicht mehr wählen, immer öfter liegt die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent. Andere setzen ihre Hoffnungen in rechte Parteien, die mit demagogischen Parolen auftreten, aber letztlich die Schwächsten der Gesellschaft bekämpfen, um von der Verantwortlichkeit des ökonomischen und politischen Systems für die wachsende Not abzulenken. Den Herrschenden aus Wirtschaft und Politik kommt das

zupass. Es war schon immer eine ihrer wichtigsten Methoden, all jene, die von ihrer Arbeitskraft leben müssen, gegeneinander auszuspielen und zu spalten: Mindestlohnbezieher gegen Hartz IV-Bezieher, Kollegen mit Festanstellung gegen Kollegen mit Zeitverträgen, Immigranten gegen Einheimische, Junge gegen Alte und was ihnen bei Bedarf noch so einfällt. Ganz in diesem Sinne tun die meisten Medien das ihre dazu, Zusammenhänge auseinanderzureißen und tiefer liegende Gründe auszublenden. Sie wollen uns weismachen, dass jeder selbst sehen muss, wo er bleibt, und man ja sowieso nichts machen kann – schon gar nicht gemeinsam.

## Kein Zufall!

Wir Kommunisten meinen, dass es kein Zufall ist, dass seit den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts in so gut wie jedem kapitalistischen Staat der Angriff auf den bis dahin erkämpften Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung und ihre demokratischen Rechte begonnen hat. Diese Generaloffensive gegen alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, nahm so richtig Fahrt auf, als nach 1990 mit dem Sozialismus in der DDR, der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten eine realexistierende Systemalternative beseitigt worden war. Inzwischen leben in Berlin rund 25 Prozent der Bevölkerung von Hartz IV, über eine halbe Million sind prekär beschäftigt. Doch die Mieten kennen nur eine Richtung: nach oben, ebenso die Preise für Busse und Bahnen, für Schwimmbäder, Tierpark und Zoo. Die Versorgung mit Kindertageseinrichtungen wurde zurückgefahren. Heute hat Berlin einen der schlechtesten Betreuungsschlüssel, d.h. nirgendwo werden so viele Kinder von so wenig Erziehern betreut. Jugendfreizeiteinrichtungen muss man inzwischen mit der Lupe suchen, in den Schulen kämpfen Lehrer mit überfüllten Klassen.

Übrigens: Auch die Partei die Linke, immerhin von 2001 bis 2011 Teil des Berliner Senats, hat sich den kapitalistischen Sach- und Sparzwängen bedingungslos unterworfen. In ihre Regierungszeit fällt beispielsweise der Verkauf von 150.000 landeseigenen Wohnungen, öffentliche Tarife stiegen munter weiter und ihre Senatoren bekämpften das Volksbegehren für die Offenlegung der Geheimverträge bei der Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe.



Die Realität sieht so aus: Mit Rotstiftpolitik und Schuldenbremse wird die Handlungsfähigkeit der Kommune und ihrer Bezirke kaputtgemacht. EU-Gesetze und Bundesrecht verschärfen darüber hinaus den haushaltspolitischen Demokratieabbau, TTIP würde ein weiteres tun. In der EU prescht gerade die deutsche Regierung mit einer Politik der Deregulierung vor. Von den Regelungen, die sie selbst durchgesetzt hat, behauptet sie dann, dass sie im Lande umgesetzt werden müssten, da „sie ja von der EU vorgeschrieben sind.“ Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur sind da Fehlanzeige. Aber Bankenrettungen, Subventionen, Steuerermäßigungen, Abschreibungen, Anreize für Investoren und Vermögende, Konzerne und Banken, schwindelerregende Rüstungsausgaben wie nie zuvor, irrsinnige Prestigeobjekte und Milliardenlöcher wie der BER sind immer drin – mit unserem Geld!

## Kapitalismus immer gnadenloser

Je mehr sich der Kapitalismus in seinen Widersprüchen verfängt, desto rücksichtsloser müssen die Großkonzerne und Großbanken ihren weltweiten Konkurrenzkampf auf Kosten der restlichen Gesellschaft austragen. Eine Rückkehr zur „sozialen Marktwirtschaft“, wie manche sie erhoffen, ist ausgeschlossen. Und ist es nicht ein Irrsinn? Anstatt den ganzen Reichtum und die ganze Klugheit, die die Menschheit sich längst erarbeitet hat, allen zugute kommen zu lassen, beuten die großen Konzerne rund um den Globus Mensch und Natur immer rücksichtsloser aus. Milliarden Menschen finden keine würdige Perspektive für ein gesichertes Leben, jedes Jahr sterben fast neun Millionen Menschen den Hungertod. Zugleich heizen die großen imperialistischen Staaten, zu denen auch Deutschland zählt, seit 1990 wieder die internationalen Spannungen an.

Unter dem zynischen Vorwand, Menschenrechte schützen, Terror bekämpfen oder den Einsatz von Massenvernichtungswaffen verhindern zu wollen, wurden und werden Kriege geführt. In Wahrheit sollen Regierungen beseitigt oder ganze Staaten zerschlagen werden, die sich dem westlichen Herrschaftsanspruch nicht unterwerfen wollen: Jugoslawien (firmiert in der heutigen Flüchtlingsdebatte als „Westbalkan“), Afghanistan, Irak, Elfenbeinküste, Libyen, Syrien, Ukraine – und dabei

scheuen die „Verteidiger westlicher Werte“ auch nicht davor zurück, die Hilfe von Faschisten oder dschihadistischen Banden in Anspruch zu nehmen. Die Folge: Millionen Menschen sind gezwungen, ihre zerstörte Heimat zu verlassen und zu Flüchtlingen zu werden.

## Wir müssen dieser Politik an allen Ecken und Enden Widerstand entgegensetzen:

- im Kampf für eine bezahlbare öffentliche Daseinsvorsorge (Strom, Gas, Wasser, Verkehr) und gegen ihre Privatisierung
- im Kampf für mehr Personal im Gesundheitswesen und gegen seine renditeorientierte Ausrichtung
- im Kampf für bezahlbare Wohnungen und gegen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
- bei der Verteidigung demokratischer Rechte gegen Polizeigewalt und gegen rassistische und faschistische Umtriebe
- gerade in der deutschen Hauptstadt im Kampf gegen die steigende Kriegsgefahr durch die aggressive NATO-Politik gegen Russland.

Überall müssen wir gemeinsam der kapitalistischen Logik von Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Flucht unser NEIN entgegenhalten.

Die Deutsche Kommunistische Partei ist Teil dieses Widerstandes. Sie befürwortet und unterstützt jeden Protest, jede Initiative und jede Bewegung, die sich gegen die Verschlechterung der sozialen Lage und der Lebensverhältnisse, gegen die Ausgrenzung und Benachteiligung von Minderheiten und gegen die Kriegspolitik einsetzt. Wir kandidieren zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus jedoch nicht, weil wir meinen, dort eine Richtungsänderung in der Politik herbeiführen zu können. Aber wir sind der Auffassung, dass jede Stimme für die DKP dem Protest gegen die herrschende Politik Ausdruck geben kann und den Widerstand gegen den Frontalangriff des Monopolkapitals auf unser Leben ermutigt.

# Reichtum besteuern, Sozialabbau stoppen

Rund 200.000 Menschen in Berlin sind offiziell als Erwerbslose in der Stadt gemeldet. Hinzu kommt noch eine Dunkelziffer von Werkträgern, die in den Statistiken nicht mehr erscheinen. Mit über 25 Prozent aller Erwerbsfähigen hat Berlin den höchsten Anteil an ALG II-Bezieherinnen. Ein Drittel der Berliner Kinder lebt auf ALG II-Niveau – ein trauriger Rekord im Bundesvergleich. Der Druck auf diesen Teil der Stadtbevölkerung ist enorm. Diese Menschen werden bei weiterer Kürzung der Bezüge unter Druck gesetzt, jede Tätigkeit anzunehmen und sei sie auch noch so entwürdigend und schlecht bezahlt. Trotz Arbeit müssen mehr als 100.000 Werkträger in Berlin ALG II in Anspruch nehmen, weil ihr Lohn unterhalb des Existenzminimums liegt. Umgekehrt lässt der Senat die Bezieher hoher Einkommen, die Steuerhinterziehung in großem Stil betreiben, unbehelligt. Es zeigt sich mit aller Deutlichkeit, dass diese Stadtregierung keine Politik im Sinne der Werkträger betreibt.

## Armutsentwicklung umkehren, Gewerkschaften stärken!

Zwar werden die Gesetze gegen Erwerbslose vom Bund beschlossen. Dennoch hat auch der Berliner Senat einen Spielraum bei der Umsetzung dieser Gesetze. Niemand zwingt ihn, reguläre Beschäftigungsverhältnisse durch sogenannte Ein-Euro-Jobber zu ersetzen oder Teile der öffentlichen Betriebe in tariflose Gesellschaften auszulagern und damit Tarifverträge zu unterlaufen. Niemand zwingt ihn, ALG II-Empfänger zum Umzug zu verpflichten und bei den Ärmsten Berlins den Rotstift anzusetzen. Niemand zwingt ihn, der wachsenden Altersarmut in dieser Stadt unbeteiligt zuzusehen.

Gleichzeitig werden Unternehmen auf Kosten der Werkträger subventioniert, damit sie in der Stadt investieren. Sie erhalten also faktisch eine Prämie, wenn sie sich in Berlin ansiedeln. Doch die Situation von immer mehr Werkträgern bessert sich damit nicht. Mehr als ein Drittel von ihnen waren im Jahr 2014 in Berlin „atypisch“, also prekär beschäftigt. „Atypische“ Beschäftigung hinterlässt tiefe Spuren in der

Erwerbsbiographie: niedrige Einkommen, unfreiwillige Teilzeit, Befristung und sonstige Abweichungen vom Normalarbeitsverhältnis treiben viele Menschen in eine Sackgasse, die von schlechter Arbeit, Zweitjobs, von persönlicher, sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit bestimmt ist.

Nicht zuletzt ändert prekäre Arbeit das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit in den Betrieben. Denn überall dort, wo Normalarbeitsverhältnisse in prekäre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt wurden, ist die Zahl der normal beschäftigten Mitarbeiter und die Fähigkeit und die Bereitschaft zur kollektiven Interessenvertretung zurückgegangen.

Alle Subventionen für Unternehmen und eine „Standortpolitik“ für ihre Anwerbung haben diese verheerende Entwicklung zur alltäglichen Armut nicht gestoppt. Diese Armut ist nichts anderes als das Resultat eines Wirtschaftssystems, das notwendig soziale Widersprüche erzeugt. Diese kommen nicht nur in den Lebensbedingungen der verschiedenen Klassen und Schichten zum Ausdruck, sondern auch in der Ausprägung „armer“ und „reicher“ Stadtbezirke. Diese sozialen Widersprüche sind im Kapitalismus nicht zu lösen. Alle seine Versuche, sie lösen zu wollen, vertiefen die Probleme nur, denn sie laufen auf gesteigerte Ausbeutung durch Lohndumping, weitere Verdichtung der Arbeit und Rationalisierung hinaus.

Wir Kommunisten unterstützen die Kämpfe der Gewerkschaften gegen Tariffucht, Arbeitsplatzvernichtung und Senkung des Reallohns. Wir unterstützen eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, die über Lohnforderungen hinaus auf eine gesellschaftliche Mobilisierung von Beschäftigten und Erwerbslosen setzt und auch vor dem Mittel des politischen Streiks nicht zurückschreckt. Im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Lohndumping kommt dem öffentlichen Dienst eine zentrale Rolle zu, denn hier sind mit Abstand die meisten Menschen in dieser Stadt beschäftigt.

Die DKP in Berlin wendet sich gegen sämtliche Versuche, die Tarife im öffentlichen Dienst durch Ausgliederungen oder Privatisierungen zu unterlaufen. Privatisierungen sind eine Form der Enteignung von

Gemeineigentum und sie bedeuten zugleich Demokratieabbau, denn mit jeder Privatisierung verzichtet der öffentliche Bereich auf die Möglichkeit, Einfluss auf die städtische Wirtschaft zu nehmen.

## Kurze Vollzeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Die DKP fordert die Einführung der 30 Stunden-Woche, aber bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Nur so kann die Arbeitslosigkeit gesenkt werden. Nur so können Werkstätige stärker am wissenschaftlich-technischen Fortschritt teilhaben. Und nur mit längeren Erholungsphasen kann der wachsenden Arbeitsverdichtung begegnet werden. Mit einem Sofortprogramm für öffentliche Investitionen in die marode Substanz von Schulen, Kitas oder andere öffentliche Gebäude können außerdem weitere Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein solches Programm verbessert zugleich die Lebensqualität in der Stadt.

Konzerne und Betriebe müssen stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Dies sollte in Form einer erhöhten Gewerbesteuer und eigener Sonderabgaben durch das Land Berlin erfolgen. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, bei denen zehn Prozent aller Arbeitsplätze Ausbildungsplätze sind. Öffentliche Arbeitgeber sind sofort darauf zu verpflichten. Sie müssen die Übernahme der Auszubildenden garantieren.

## Hartz IV-Gesetze abschaffen, Leiharbeit und Werkverträge verbieten!

Die DKP will nicht hinnehmen, dass es immer noch Betriebe gibt, die im Ostteil Berlins niedrigere Löhne zahlen als im Westteil der Stadt. Wir fordern vom Berliner Senat, den gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei der Auftragsvergabe zu verlangen. Die DKP fordert die Abschaffung der Hartz IV-Gesetze und ein Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen. Wir wollen verhindern, dass die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse weiter steigt.

Ein Wort zum Mindestlohn: Die DKP wirbt bundesweit für seine Anhebung auf 15 Euro. Und er muss für alle und überall gelten, das heißt, auch in Sozial- und Behindertenwerkstätten sowie in Justizvollzugsanstalten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Werkstattbeschäftigten bis 2020 unter Berücksichtigung ihrer individuellen Bedürfnisse bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes in den inklusiv zu gestaltenden ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Wir fordern außerdem eine Anhebung der sogenannten Behindertenquote, die landeseigene Betriebe zu erfüllen haben, auf den tatsächlichen Anteil schwerbehinderter Menschen in der Gesellschaft. Wir fordern vom Senat, dass sich das Land Berlin für eine bundesweite allgemeine Anhebung einsetzt.

Die DKP in Berlin kämpft für die Organisation und Mobilisierung der Werkstätigen und Erwerbslosen mit dem Ziel, diese sozialen Forderungen durchzusetzen.



# Keine Rendite mit der Miete!

## Die Berliner Wohnungspolitik braucht Widerstand!

„Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ (Bertolt Brecht)

Noch wohnen 85 Prozent der Berliner zur Miete. So soll es auch bleiben. Wir fordern: Stopp aller Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen!

Aber das reicht nicht aus. Die Berliner Zeitung stellte am 11. März 2016 fest: „Preisgünstige Wohnungen gibt es nicht mehr in Berlin.“ Wohnungen unter 5 Euro pro Quadratmeter sind nicht mehr zu finden. Laut Wohnungsmarktbericht der Investitionsbank Berlin stiegen die Mieten 2015 abermals um etwa 7 Prozent. In vielen Bezirken beträgt bei 70 Prozent der Wohnungen die Kaltmiete über 10 Euro pro Quadratmeter, der Berliner Mittelwert liegt bei 9 Euro. Darunter ist auch für Wohnungssuchende mit Berechtigungsschein (WBS) kaum etwas zu finden. Denn Immobilienkapitalisten und ihre Banken haben in Berlin freie Bahn und der Berliner Senat ist ihnen zu Diensten.

### Wohnungen runter vom „freien“ Markt – für dauerhafte Mietobergrenzen!

Die Berliner Wohnungsnot ist kein Sonderproblem von „Geringverdienern“. Das aber macht uns eine Senatspolitik weis, die statt Wohnungspolitik „Armenfürsorge“ für ausgesonderte Zielgruppen betreibt, deren Verelendung sie in Wahrheit fördert. Denn die von den Jobcentern gewährten Aufwendungen (Kosten der Unterkunft) und das Wohngeld reichen nicht einmal für „niedrige“ Mieten und Betriebskosten. Auch die Einkommen von „Durchschnittsverdienern“ langen nicht - für Neu-Angebotsmieten schon gar nicht. Um Berlin als Mieterstadt zu erhalten, sind dauerhafte Mietobergrenzen festzulegen. Wir fordern eine politische Mietpreisgestaltung - Wohnungen müssen runter vom „freien Markt“. Doch dem verweigern sich alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien. Statt Regulierung setzen sie auf solche Instrumente wie Mietspiegel und Subventionierung, die in Wirklichkeit die weitere Erhöhung der Mieten absichern helfen. Dagegen braucht es unseren außerparlamentarischen Protest und es braucht eine Partei im

Abgeordnetenhaus, die Ross und Reiter beim Namen nennt! Die DKP ist die Partei, die in der Wohnungsfrage nicht umkippt.

Seit Jahren verschärft der Senat die Wohnungsnot in Berlin. Er baut keine bezahlbaren Mietwohnungen für breite Bevölkerungsschichten, sondern fördert Luxusimmobilien und Umwandlung in Eigentum. Modernisierungen werden finanziell gefördert, die Kosten auf die Mieter umgelegt. Sind sie abbezahlt, werden die Mieterhöhungen trotzdem nicht mehr rückgängig gemacht. Ein Mietpreistreiber ersten Ranges ist die „energetische“ Sanierung und der damit einhergehende Dämm-Wahn im Interesse der Konzerne. So werden Altbauten massenhaft entmietet. Die DKP fordert: Schluss mit der Umlage von Modernisierungskosten auf die Mieten! Nicht 11 Prozent, nicht 9 Prozent, sondern 0 Prozent zu Lasten der Mieter! Die Herrschenden wollen, dass irgendwann die ausgeplünderten Mieter und Gewerbemieter das Feld für Zuzügler mit dickerem Portemonnaie räumen. Aber viele Berliner wollen nicht kapitulieren. Sie wehren sich. Die DKP ist Stimme ihres Widerstands.

### Für kommunalen Wohnungsbau!

„Sozialer Wohnungsbau“: Das Wort steht in der BRD und gerade in Berlin für Eigentümer, Baukonzerne, Investoren und Banken, die sich an den ärmsten Mietern und Steuerzahlern eine goldene Nase verdienen. Es steht für Umverteilung öffentlicher Gelder in private Kassen. Es steht für Filz und Korruption. Wir Kommunisten haben dieses faule Fördersystem stets angeprangert, weil es die Sozialmieter hemmungsloser Profitgier aussetzt. Die waren zuerst im Westen und jetzt auch im Osten der Stadt in diesem Subventionssystem stets bloß „Zwischennutzer“: Läuft die Förderung aus, wird die Miete unbezahlbar. Die DKP kämpft für einen Sozialen Wohnungsbau, der den Namen verdient. Das heißt: Soziale Mietpreisbindungen müssen gelten, solange das Haus steht! Und: Die Stadt muss kommunale Wohnungen im großen Maßstab zur Verfügung stellen und die Mieten festsetzen. Die landeseigenen Gesellschaften dürfen nicht länger als marktpreistreibende Konkurrenten auf dem Markt agieren. Die Kommune muss Erbauer, Eigentümer und Bewirtschafter sein - unter Sicherung

## ● Landesverfassung Berlin

Artikel 28 [1] Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum.

Artikel 36 [3] Werden die in der Verfassung festgelegten Grundrechte offensichtlich verletzt, so ist jedermann zum Widerstand berechtigt.

umfassender Mitbestimmungsrechte sowohl der Mieter als auch der Beschäftigten. Grund und Boden gehören in öffentliche Hand.

Riesige ehemals gemeinnützige Wohnungsbestände wurden privatisiert und zur Spekulation freigegeben – das hat die Partei die Linke mit zu verantworten. Nun gelangen sie in die Hände von börsennotierten Großkonzernen - Deutsche Wohnen, Deutsche Annington, Vonovia. Ihr Geschäftskonzept: Renditesteigerung bis es kracht. Erbarmungslos bauen sie ein Marktmonopol auf und erdrücken die MieterInnen mit geballter Macht. Sie respektieren nicht einmal den Miet(-erhöhungs)spiegel. Auf Mieter, die das nicht akzeptieren wollen, werden hochbezahlte Anwälte gehetzt.

Die DKP fordert, dass diese Bestände wieder in kommunalen Besitz überführt werden. Sie dürfen aber nicht von den Profiteuren zu überhöhten Preisen zurückgekauft werden. Keine Umverteilung öffentlicher Gelder in Konzernkassen mehr, wie es nach dem Wasservolksbegehren geschehen ist! Wir fordern die Enteignung aller privatisierten Bestände und nicht nur eines kleinen Teils „geförderter“ Wohnungen.

## Öffentlich bauen statt privat fördern!

Seit der Weltwirtschaftskrise 2007 wurde der angeblich „unterbewertete“ Berliner Wohnungsmarkt als vor allem zinsbringende Kapitalanlage entdeckt. Investoren aus aller Welt reißen sich Berliner Bestände unter den Nagel – egal ob Sozialwohnung, „Platte“ oder Altbau. Um ihnen überdurchschnittliche Renditen zu ermöglichen, wird vom Senat der Wohnungsmangel aufrechterhalten – obwohl die Nachfrage nach Wohnraum stetig steigt. Bausenator Geisel und Bürgermeister Müller versprechen im Wahlkampf nun eine neue „Gründerzeit“ – dafür werden weiterhin landes- und bundeseigene Liegenschaften verschelbelt. Unmittelbare Folge: Eine neue Spekulationswelle rollt über Berlin. Ein „Baubeschleunigungsgesetz“ wurde durchgepeitscht, das das Bauen auf Friedhöfen, die Missachtung von Denkmalschutz, das schnelle Fällen von Baubeständen freigibt. Klagerechte werden eingeschränkt. Stadtentwicklung und Planung werden in die Hände privater Gesellschaften gelegt.

Aber für wen wird denn da gebaut? Klar ist jetzt schon: Die Luxusgebäude und Gewerbekomplexe, die entstehen sollen, werden keinen bezahlbaren Wohnraum für die Massen schaffen.

Das alles sind die Folgen einer Berliner Wohnungspolitik, die sich unter dem Diktat der Banken und Konzerne von der Gemeinnützigkeit verabschiedet hat. Aber auch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind auf Profitmacherei getrimmt – gegen die Interessen der Mieter und Steuerzahler. Mit den Gewinnen wird spekuliert, der Rest verschwindet in Haushaltslöchern. Doch es wäre jederzeit möglich, das kommunale Wohnungswesen aus der Gewinnerzielung herauszunehmen. Wir fordern: Keine Abführung von Rücklagen aus den Mietzahlungen an den Landeshaushalt!

Der Senat „verspricht“, bei bestimmten Neubauprojekten für „günstige“ Mieten ab mindestens 6,50 Euro pro Quadratmeter zu sorgen. Aber auch diese angeblich günstigen Mieten sind überhöhte Mieten. Unsere Einkommen halten damit nicht Schritt! Regierung und Opposition behaupten ebenfalls: „Neubau ist keine Lösung, der ist teuer, da müssen die Mieten zwangsläufig hoch sein.“ Die ungeheuren Neubauprofite rechnen sie dabei wie selbstverständlich in die Mieten hinein. Die Linkspartei schließt sich an und setzt statt auf Neubau auf Wohnungskäufe durch das Land. Die DKP sagt: Kapitalistischer Neubau ist für Mieter zu teuer, denn er dient der Profitmacherei und der Bodenspekulation und nicht den Bedürfnissen der Menschen. Dagegen ist öffentlicher Neubau dringend nötig. Und zwar in Größenordnungen, die sich wirklich mietpreisdämpfend auswirken: 50 Prozent der Wohnungen gehören in die Hand der Kommune. Darum fordern wir öffentlichen, haushaltsfinanzierten Wohnungsbau, statt Förderung von Privaten. Das Geld ist da. Es fehlt nur der politische Wille, es im Sinne der Mehrheit einzusetzen! Dafür müssen wir kämpfen.

Unsere Frage an den Senat ist: Dient er dem Verwertungsinteresse oder den Bedürfnissen der Wohnbevölkerung? Die Antwort ist klar. Wer Eigentumsverhältnisse nicht antasten will, bekommt keine bezahlbaren Mieten. Wer in diesem Punkt eine klare Position will, wählt DKP.

## Zwangsräumungen verhindern!

Es lohnt sich auch unter den bestehenden Verhältnissen für jede Verbesserung der Wohnsituation zu kämpfen. Doch es lohnt sich nicht nur, es ist auch notwendig: Täglich werden viele Menschen aus ihren Wohnungen und aus ihren Kiezen vertrieben. Zwangsumzüge und Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit sind an der Tagesordnung - unterstützt von den Jobcentern. Wer überhaupt eine neue Wohnung finden würde, müsste auf jeden Fall eine noch höhere Miete zahlen. Daran ändert die sogenannte Mietpreisbremse gar nichts. Wer seine Wohnung noch halten kann, muss erleben, dass die Miete zusammen mit Energie, Wasser und sonstigen Kosten häufig um die Hälfte des Einkommens verschlingt. SPD und Linkspartei reden uns ein, es sei „sozialverträglich“, Mietausgaben in Einzelfällen (und nach komplizierter Antragstellung) auf 30 Prozent zu „beschränken“. Aber: Je geringer die Einkommen, desto schwerer ist die Last dieser 30 Prozent zu tragen - sodass gerade die Zielgruppe der „Geringverdiener“ unter dieser Maßnahme am meisten zu leiden hat. Für die Vielen, die fast nichts haben, - wie die wachsende Zahl der Bezieher von „Transferleistungen“ - ist ein Drittel des Einkommens ein Vermögen, das überall fehlt - bei Nahrung, Kleidung, Bildung, Sport und Kultur oder Geschenken für Kinder und Enkel. Und dazu kommen die Monopolpreise für Heizung, Strom, Gas, die zu immer mehr Stromsperrungen führen. Für die DKP ist klar: Schon 30 Prozent des Einkommens für die Miete ist viel zu viel. Das ist fortgesetzter Lohnklau, Verelendung und Ausgrenzung. Ein Verbot von Strom- und Gassperren muss her. Und: Das Verbot von Zwangsräumungen ist sofort durchzusetzen. Wir fordern eine entsprechende Verordnung in allen Bezirken. Das Recht auf Wohnen muss über Wirtschaftsinteressen stehen - so schreibt es auch die Berliner Verfassung vor. Eine echte Mietpreisbremse muss bei den Bestandsmieten ansetzen, nicht erst bei Neuvermietungen. Angebotsmieten sind zu senken, indem Renditen beschnitten und ganz ausgeschaltet

werden - bei den Zinseinnahmen, bei der Bodenspekulation, bei den Bauprofiten. Das System der Subventionierung gehört abgeschafft. Auch Altbaumieten müssen sofort gedeckelt werden.

Spekulativer Leerstand ist zu beschlagnahmen. Die Kommune muss wieder vom Recht auf Zuweisung Wohnungssuchender und Mitgestaltung der Mietverträge Gebrauch machen. Wohnraum-Zwangsbewirtschaftung ist wieder das Gebot. Wir brauchen wieder Wohnungsämter, die das durchsetzen - ebenso wie die unverzügliche Einhaltung des Zweckentfremdungs- und Umwandlungsverbots sowie des Verbots von Ferienwohnungen. Dazu muss das Personal in der öffentlichen Verwaltung beträchtlich aufgestockt werden.

Ein Wort zu den Genossenschaften: Wir bestehen in der gegenwärtigen Kampfetappe auf der Stärkung der Kommune, weil wir wissen, dass auch Genossenschaften von den Mietsteigerungen nicht ausgenommen bleiben. Gerade hier verzeichnet der letzte Berliner Mietspiegel mit den höchsten Anstieg.

## Wir Kommunisten wissen:

Staat und bürgerliche Parteien wollen das Wohnungsproblem nicht lösen, weil sie aufs engste mit dem Kapital verbunden sind und so die wirtschaftlich Herrschenden auch politisch das Sagen haben.

Trotzdem können auch innerhalb des kapitalistischen Systems bessere Wohnmöglichkeiten verwirklicht werden. Das geschieht, wenn die lohnabhängigen Menschen die politische Kraft entwickeln, entgegen den kapitalistischen Gesetzen eine soziale Stadtplanung und einen sozialen Wohnungsbau durchzusetzen.

Darum: Raus auf die Straße für bezahlbare Mieten! Kommunistinnen und Kommunisten rein ins Abgeordnetenhaus!



# Für ein soziales Gesundheitswesen, konsequent gegen Klassenmedizin

Die Gesundheit ist ein elementares Grundrecht aller Menschen. Unsere Gesundheit bildet eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung unserer Persönlichkeit. Gesundsein ist ja nicht nur das Freisein von Krankheit im Sinne von Arbeitsfähigkeit – sondern umfassendes körperliches, geistiges, und soziales Wohlbefinden. So definiert es auch die Weltgesundheitsorganisation.

Und wie steht es damit in unserer Stadt? Gerade Berlin hat eine lange Tradition der medizinischen Lehre und Forschung. Ein gutes Beispiel dafür ist die Berliner Charité. Schon im Jahre 1710 gegründet und seit 1810 Universitätsklinikum war und ist sie und ein wichtiger Teil der Berliner Gesundheitsversorgung, mit der Namen wie Rudolf Virchow, Robert Koch und Christoph Hufeland immer verbunden sein werden. Nach dem Kriegsende 1945 verlief die Entwicklung der Gesundheitspolitik in Berlin – wie die aller anderen Politikfelder auch – zweigeteilt: In der DDR war das Ziel eine konsequente „Ein-klassenmedizin“, also eine sehr gute Gesundheitsversorgung für alle Bürger, verwirklicht in vielen Polikliniken und durch eine sehr gute arbeitsmedizinische Betreuung. Auch in Westberlin war die Gesundheitsversorgung weitgehend abgesichert. Fast jeder Stadtbezirk hatte mal mindestens ein städtisches Krankenhaus! Es entstanden große Universitätskliniken. Aber: Immer gab es zwei Arten von Patienten: die mit viel Geld und einer privaten Krankenkasse – und die etwa 90 Prozent Kassenpatienten. Die Unterschiede in der Versorgung waren schon damals ganz erheblich – und sie sind es heute noch mehr.

Ab 1989 setzte sich sehr schnell eine konsequent gewinnorientierte Gesundheitspolitik für ganz Berlin durch. Diese Entwicklung ist natürlich nicht neu und entspricht der Logik des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Neu ist die Intensität und Radikalität, mit der sich das Gewinnstreben durchsetzt. Der Kranke oder Pflegebedürftige wird zu einem Objekt, mit dem Gewinne erzielt werden müssen – und auch erzielt werden. Die Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen wurde in Berlin sehr weit vorangetrieben. Sie werfen eben richtig Profit ab. Sie sind „flexibler“ beim Abschluss von Tarifverträgen und haben einen besseren Zugang zum Kapitalmarkt. Aber was heißt das für Patienten und Beschäftigte?

Wieder das Beispiel Charité: Große Bereiche der Patientenversorgung wurden in eine 2005 eigens zur Gewinnoptimierung gegründete Gesellschaft, die Charité Facility Management GmbH (CFM), ausgegliedert. Ihre rund 2.800 Mitarbeiter arbeiten jetzt unter schlechteren Bedingungen, haben keine Tarifverträge und eine wesentlich geringere Bezahlung. Die Fluktuation ist natürlich hoch, die Qualität der Patientenversorgung schlechter geworden, Standards können nicht mehr gehalten werden. Aber – und darauf kommt es im kapitalistischen Krankenhausbetrieb an: CFM macht Gewinne.

Wir sagen: Das muss man ändern. Die DKP unterstützt entschieden den Kampf der Kollegen der CFM, die zusammen mit der Gewerkschaft ver.di für einen einheitlichen, fairen Tarifvertrag für alle Kollegen und gegen das Ausspielen der Kollegen von CFM und Charité kämpfen.

Ein anderes Beispiel: Der Krankenhauskonzern Vivantes GmbH ist mit knapp 14.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber Berlins. Zu Vivantes gehören zehn Krankenhäuser und viele Pflegeeinrichtungen. Die meisten Beschäftigten von Vivantes waren vor der Gründung des Konzerns im Jahr 2001 Angestellte im öffentlichen Dienst und relativ gut sozial abgesichert. Das hat sich, genau wie für die Kollegen der CFM, grundlegend geändert. Ein großer Teil der Beschäftigten, etwa das Küchen- und Reinigungspersonal, wurden schon vor 2001 in andere Gesellschaften ausgegliedert und verlor damit seine relativ sicheren Arbeitsbedingungen und viele Versorgungsansprüche. Aber: Der Vivantes-Konzern macht Gewinn.

## Patienten heilen und pflegen! Nicht schröpfen!

Wir Kommunisten denken, das Ziel der Gesundheitspolitik darf es niemals sein, dass es sich für private Krankenhauskonzerne, Pharmakonzerne, Krankenkassen und Hersteller von medizinischen Geräten „rechnet“ und Profite eingefahren werden. Betrieb und Ausbau des Gesundheitswesens dürfen nicht von wirtschaftlichen Erwägungen und privatem Gewinnstreben abhängig gemacht werden, der Einfluss der Konzerne in der

Medizin-Industrie muss entschieden zurückgedrängt werden. Gesundheitspolitik gehört zur Daseinsvorsorge des Staates. Wir akzeptieren nicht, dass die Menschen in Neukölln oder Marzahn eine geringere Lebenserwartung haben als in Zehlendorf. Wir nehmen nicht hin, dass immer mehr Berliner mit der gesetzlichen Krankenkasse „zahnlos“ bleiben müssen, weil sie sich keinen Zahnersatz leisten können. Wir werden nicht vergessen, dass jeder Berliner im Alter das Recht auf eine sehr gute, professionelle Pflege und menschenwürdige Zuwendung ohne ein Zeitlimit hat. Die drastische Senkung der Personalkosten ausgerechnet bei der Pflege älterer und kranker Menschen? Nicht mit uns!

Die von der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften erkämpften Errungenschaften im Gesundheitswesen müssen konsequent verteidigt und zurückerobert werden! Darum fordert die DKP:

- Die Privatisierung des Gesundheitswesens muss rückgängig gemacht werden.
- Die Gesundheitsversorgung und Lebenserwartung eines Menschen darf nicht von seinem Wohnort und seinem Kontostand abhängen.
- Alle Menschen müssen unabhängig von ihrem Wohnort schnellen Zugang zu allen Ärzten und Fachärzten haben.
- Die zahnärztliche Versorgung darf nicht zum großen Teil aus der Krankenversorgung ausgegliedert bleiben.
- Jeder Berliner muss, unabhängig von seinem Kontostand, eine gute Brille und bei Hörproblemen eine gute Hörhilfe von seiner Krankenkasse bezahlt bekommen.
- Alle Geflüchteten in unserer Stadt und die Obdachlosen müssen eine gute medizinische Grundversorgung erhalten – und zwar ohne Wenn und Aber.

Alle Beschäftigten, die im Gesundheitswesen arbeiten, haben das Recht auf eine faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Die Löhne in Ost- und Westberlin gehören nach 25 Jahren endlich angeglichen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Kämpfen wir gemeinsam dafür!



# Lernorte für alle ausbauen! Schluss mit einem Schulsystem, das krank macht!

Die öffentliche Kritik am deutschen Ausbildungssystem ist seit den großen Bildungsprotesten 2009-2011 stark zurückgegangen. Man möchte meinen, die Probleme seien gelöst. Doch das Gegenteil ist der Fall: Nach wie vor ist der zu erwartende Schulabschluss stark abhängig von der Lebenslage der Eltern. Empfehlungen für die weiterführende Schule sind mittlerweile bindend. Die Aufteilung in „dumme“ und „intelligente“ Schüler hat gesellschaftlich spaltende Wirkung. Auch wenn im Zuge der Modernisierung der Berliner Innenstadt viele Schulgebäude aufpoliert wurden, fehlen vielen Lehrinrichtungen nach wie vor nötige Mittel. Überfüllte Klassen, hohe Kosten für Unterrichtsmaterialien und zerfallende Gebäude sind die Regel.

Von einer solchen Kürzungspolitik sind Schüler, Eltern und Lehrer betroffen. Gestresste, oft auch nicht angemessen ausgebildete Lehrkräfte können ihren Aufgaben nicht gerecht werden. Dann kann das Leben ihrer Schüler zur Hölle werden. Mit Problemen beim Lernen oder im Schulalltag werden die Schüler und ihre Familien allein gelassen. Das bedeutet: Streit zu Hause, Nachhilfe, ständige Frustration. Die Eltern werden dann alle paar Wochen zu Lehrergesprächen in die Schule zitiert und müssen sich für das stressbedingte Verhalten ihrer Schüler entschuldigen. Gelöst wird damit in aller Regel überhaupt nichts. Viele Eltern leiden unter der starken Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und haben alle Hände voll zu tun, die Miete zu zahlen.

Die Schulmisere hat System. Der Staat, der den Schulbetrieb verwaltet, möchte den Nachwuchs auf den Kapitalismus vorbereiten. Die Selektion der späteren Werktätigen in Sekundarschüler, Gymnasiasten, Sonderschüler oder andere dient diesem Interesse. Sie verfestigt die Spaltung der Menschen in spätere Niedriglöhner und „Mittelschichten“ und erschwert den gemeinsamen Widerstand der Arbeitenden gegen wachsende Ausbeutung. Zwar ist das Bildungssystem theoretisch durchlässig. Aber die Durchlässigkeit für Kinder aus ärmeren Familien ist praktisch viel zu gering. Selbst die UNESCO hat das bereits mehrfach kritisiert. Die DKP Berlin will als ersten Schritt den Trend zu Privatschulen und grundständigen Gymna-

sien stoppen. Wir wollen die Verkürzung der Abiturvorbereitung zurücknehmen, 13 Jahre bis zum Abitur müssen wieder die Regel sein. Die PISA-Studien zeigen, dass die Lehrerinnen und Lehrer in Berlin mehr für die Chancengleichheit armer und benachteiligter Kinder tun als in anderen Bundesländern. Das muss aber auch für deren Weg zum Abitur und an die Universitäten gelten!

Viele dieser Probleme könnten durch eine Aufstockung des Bildungsetats und durch einen Umbau des Schulsystems gelöst werden, der an den Interessen der Schüler, Lehrer sowie aller anderen an der Schule arbeitenden Menschen orientiert ist. Wir fordern eine Erhöhung des Bildungsetats. Langfristig streben wir eine Schule für alle an, in der niemals mehr als 15 Schüler auf einen Lehrenden kommen und genügend Lehrkräfte da sind, um Ausfälle auszugleichen. Dies bietet die Möglichkeit, auf die individuellen Bedürfnisse eines jeden jungen Menschen konkret einzugehen und ihn sicher durch die Schullaufbahn zu geleiten. Darüber hinaus muss die Schule eine kostenfreie Einrichtung sein. Ob Schulbücher oder Klassenfahrten – Bildungskosten müssen vom Staat getragen werden.

## Unsere Alternativen:

### 1. Schulgebäude sanieren und bessere bauen!

Berlin muss in den kommenden zehn Jahren mehr als 80 Schulen neu bauen, weil die Schülerzahlen steigen. Durch eine Anhebung der Gewerbesteuer, weniger Luxusbauten und eine Streichung der Subventionierung von Eigentumsbauten können die finanziellen Mittel geschaffen werden, die Schulneu- und Ergänzungsbauten ermöglichen. Die bis 2019 laufenden Schulbauvorhaben werden beschleunigt und bis 2017 beendet, darüber hinaus werden bis 2022 jedes Jahr mindestens zehn neue Schulen fertiggestellt. Verfallende Schulgebäude, Ekel-Toiletten, zu kleine, schlecht belüftete Klassenzimmer und Unterrichtsräume – das alles muss der Vergangenheit angehören. Um das möglich zu machen, bedarf es auch neuer Büro- und Hausmeisterstellen in allen Schulen. Mindestens zwei Hausmeister pro Schule bis zur Behebung aller Gebäudeschäden,

eine dauerhafte zusätzliche Bürostelle für jede der 660 öffentlichen Schulen, das ist unser Vorschlag.

## 2. Unterstützung für die Arbeitenden!

Die DKP Berlin ist für den Ausbau und die Verbesserung der Selbstverwaltung der Schulen, aber dazu müssen sie auch die notwendigen Arbeitskräfte bekommen, die vom Senat unbefristet angestellt und in Vollzeit nach Tarifverträgen bezahlt werden. Wir wollen der Spaltung der Arbeiterklasse in unterschiedliche Interessengruppen entgegenwirken. Deswegen gelten unsere Alternativen für alle, die an den Schulen arbeiten, gleichermaßen: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, unbefristete Anstellung beim Land, Bezahlung nach Tarifvertrag. Den bei „freien Trägern“ und Privatfirmen Angestellten wird ein entsprechender Vertrag angeboten. Alle Beschäftigten haben das Recht, über die Art und Weise der notwendigen Gebäudesanierung, über Um- und Ergänzungsbauten sowie über Gestaltungsfragen mitzuentcheiden. Die Schule wird ein gemeinschaftlich gestalteter Ort der Arbeit und des Lernens, ein Ort der Solidarität, nicht des Neides und des Karrierewahns. Dazu braucht es als erste Voraussetzung gleichwertige Bezahlung und gleichwertige Arbeitsplatzsicherheit für gleichwertige Arbeit.

## 3. Arbeitszeit verkürzen!

Lehrerinnen und Lehrer müssen in die Lage versetzt werden, sich auf jedes Kind und jeden Jugendlichen konzentrieren zu können. Deswegen will die DKP Berlin alle Arbeitszeiterhöhungen seit 1990 zurücknehmen. Die Probleme der Schülerinnen und Schüler und die Anforderungen an sie sind seitdem nicht kleiner, sondern größer geworden. Gleichzeitig haben die von SPD und CDU bzw. von SPD und Linken geführten Senate die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer jeweils 1992, 1996, 2000 und 2003 erhöht, durchschnittlich um fast zehn Prozent. Da die Klassen immer größer wurden und viele unterrichtsfremde Aufgaben zu erledigen waren, stieg sie in den folgenden Jahren noch einmal um fast 10 Prozent. Das haben wir genauso wenig vergessen wie die Mehrheit der betroffenen Kolleginnen und Kollegen, von denen

heutzutage praktisch niemand bis zum Erreichen des Pensionsalters arbeitsfähig bleibt. Massenhafte freiwillige Teilzeit der Lehrkräfte zeigt vor allem eines: unerträgliche Arbeitsbedingungen unter Vollzeit! Unsere Forderung daher: Verkürzung der Arbeitszeit aller Lehrerinnen und Lehrer um zwei Stunden pro Woche zum Schuljahr 2017/18 und um eineinhalb Stunden zum darauffolgenden Schuljahr. Verringerung der Klassenstärke durch alle Schulformen hindurch um jährlich einen Schüler in drei Schritten 2017, 2018 und 2019.

Die Schülerinnen und Schüler werden die Zukunft einer besseren Gesellschaft gestalten. Ja, das können sie, wenn wir ihnen eine unbeschwertere Kindheit und ein durch Sicherheit geprägtes Leben ermöglichen. Davon sind wir aber weit entfernt: Ein Drittel der Berliner Kinder lebt auf ALG II-Niveau. Behandlungsbedürftige psychische Probleme sind unter Kindern und Jugendlichen ein Massenphänomen. Das sogenannte „Bildungs- und Teilhabepaket“ ist tatsächlich ein Instrument zur Verlagerung von Bildungsaufgaben hin zu Privatfirmen, zur Verarmung der dort Angestellten, zum Stopfen von Haushaltslöchern in anderen Bereichen und zur Verdichtung der Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer.

## 4. Ja zur Inklusion: aber für alle!

Für körperbehinderte Schülerinnen und Schüler ist nicht einmal jede hundertste Berliner Schule offen. Zu Tausenden können geflüchtete Kinder und Jugendliche keine Schule besuchen. Wir setzen uns für eine Schule ein, die niemanden ausschließt, für eine inklusive Gemeinschaftsschule, für eine Schule für alle!. Wir fordern, dass in einem ersten Schritt der Finanzierungsvorbehalt für die Inklusion aufgehoben wird. An allen Schulen in Berlin müssen die personellen, strukturellen und baulichen Maßnahmen für Inklusion geschaffen werden.

# Verkehr in Berlin: Vorfahrt für die Stadt und ihre Bewohner!

Deutschland ist Autoland! Kein Wunder, denn die drei riesigen deutschen Autokonzerne sind im Kampf um Weltmarktanteile gegen die japanischen und US-Giganten ganz vorne mit dabei. Sie sind ein wichtiger Pfeiler für die führende Rolle des deutschen Imperialismus in der Welt. Deshalb hat noch jede deutsche Bundes- oder Landesregierung ihre Verkehrspolitik darauf ausgerichtet, dem privaten Autoverkehr und dem Gütertransport per LKW so weit wie möglich den Vorrang vor anderen Verkehrsträgern zu ermöglichen. Dies geschah und geschieht unter anderem durch den kontinuierlichen Neu- und Ausbau von Autobahnen und autobahnähnlichen Bundesstraßen einerseits und andererseits durch den Rückzug der Bahn aus der Fläche und aus dem Güterverkehr sowie durch den Verzicht auf ein bürgerfreundliches Angebot des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) in ländlichen Gebieten. Dort, wo wie in Berlin ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz besteht, wird mit hohen Fahrpreisen und teilweise überfüllten (weil zu kurzen oder zu selten fahrenden) Zügen dafür gesorgt, dass auch hier die Bäume für den ÖPNV nicht in den Himmel wachsen.

Auch in Berlin hat sich noch jeder Senat darum gekümmert, dass der Autobahnbau nicht zum Stillstand kommt. Dass Deutschland im Klimaschutz bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion im Verkehrssektor einfach nicht weiterkommt, interessiert dabei nicht. Bei dieser Politik gibt es nur zwei Gewinner: die Autoindustrie und die Tiefbaulobby. Zwar meinen viele Autofahrer, dass sie durch zusätzliche Autobahnen Zeit gewinnen würden oder andere Straßen dafür entlastet würden. Doch bisher galt noch immer: Zusätzliche Straßen erzeugen zusätzlichen Autoverkehr. Und am Ende gehört auch der private Autofahrer wie alle anderen wieder zu den Verlierern: Durch krebserregende und Atemwegserkrankungen auslösende Feinstaubpartikel vor allem (aber nicht nur) aus Dieselfahrzeugen sowie durch Reifenabrieb, durch die Vernichtung oder Entwertung von Wohnraum, durch die Beseitigung von Kleingärten, überhaupt durch die Zerstörung von Urbanität durch die breiten Schneisen aus Lärm, Abgasen und Beton.

Übrigens: Enteignungen, sonst im Kapitalismus als sozialistisch beschimpft, gehen beim Autobahnbau

geräuschlos über die Bühne. Aktuell lässt sich beim Weiterbau der A 100 vom Kreuz Neukölln bis zum Treptower Park besichtigen, welcher gigantischer Flächenfraß hier stattfindet. Wieviele tausend Wohnungen nebst Grünanlagen hätten hier entstehen können, wieviele Schrebergärten hätten erhalten werden können!

Seit Jahrzehnten wächst der Unmut in der Bevölkerung gegen diese (Auto)Verkehrspolitik. So sah sich der Senat hier und da zu Zugeständnissen gezwungen: Entweder, millionenschwer und zur Freude der Baukonzerne, durch den Bau von Autobahntunneln, oder, preiswert, durch Einrichtung von Busspuren, Vorrangschaltungen für Straßenbahnen und Busse an Kreuzungen, Fahrradstreifen, verkehrsberuhigte Wohnstraßen, Parkraumbewirtschaftungszonen, Tempo 30 auf einigen Abschnitten von Hauptverkehrsstraßen. Allerdings dienen diese Beruhigungsmittel auch dazu, einem völligen Verkehrsinfarkt durch noch mehr Autos vorzubeugen. Doch an der grundsätzlichen Richtung der Verkehrspolitik im Interesse der Autokonzerne und auf Kosten der Lebensqualität der Bevölkerung ändern diese Maßnahmen, so begrüßenswert sie im Einzelnen sind, gar nichts und etliche scheitern im Verkehrsalltag an der Menge der Autos und der Lieferwagen.

Um eine entschlossene Wende gegenüber einer an den Interessen der Autokonzerne orientierten Verkehrspolitik einzuleiten, tritt die DKP für folgendes ein:

- Aufbau eines Straßenbahnnetzes endlich auch im Westteil Berlins!
- Außerdem fordert die DKP, dass alle S- und U-Bahnhöfe, die über keine Aufzüge verfügen, umgebaut und im Liniennetz nur Niederflerbusse eingesetzt werden. Berlin muss die Erteilung der Taxilizenz davon abhängig machen, dass bei größeren Taxi-Unternehmen 10 Prozent der Taxis rollstuhlgerecht sind.

# Solidarität mit den Flüchtlingen – gemeinsam kämpfen!

In den letzten anderthalb Jahren sind mehr als 90.000 Flüchtlinge nach Berlin gekommen. Sie flohen aus Ländern, in denen Krieg und globale Ausbeutung ihre Lebensgrundlagen zerstört haben und ihr Leben bedroht ist: vor allem aus Syrien, aus Albanien, dem Kosovo, dem Irak, aus Afghanistan und Eritrea. Über 4.000 minderjährige Flüchtlinge leben hier in der Stadt; sie sind allein gekommen, ohne Eltern oder andere Verwandte; oft wissen sie nichts über Angehörige oder sind Waisen. Die allerwenigsten Flüchtlinge erhalten Wohnungen. Nur etwa 640 Flüchtlinge haben in einem Hostel eine Bleibe gefunden. Rund 45.000 Menschen leben in Heimen oder Notunterkünften – meist in Sammellagern wie Containerdörfern, ehemaligen Gewerbegebäuden oder z.B. im ehemaligen Flughafengebäude Tempelhof (5.000). Die Verhältnisse sind meist sehr bedrückend, teilweise unmenschlich, die hygienischen Bedingungen unzureichend, die medizinische sowie psychologische Versorgung und Betreuung mangelhaft, die Ausstattung mit notwendigen Dingen des Lebens etwa Decken, Hygieneartikel, Kleidung, Lebensmittel usw. ungenügend.

Flucht nach Berlin bedeutete in den vergangenen Monaten tagelanges Warten vor Ämtern wie dem LAGESO bei Regen und Frost ohne wetterfeste Kleidung, ohne ausreichende Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln sowie ohne angemessene Betreuung von Kindern, Kranken oder älteren Menschen. Medizinisches Personal, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer machten auf die unzumutbaren Zustände aufmerksam und klagten dafür Verantwortliche an oder zeigten sie wegen unterlassener Hilfeleistung sogar an.

Die DKP fordert: Staatlich geplante und geförderte Integrationspolitik! Schluss mit der Abwälzung der Kosten auf die Kommunen und der Arbeit auf ehrenamtliche Kräfte!

Der Senat plant bis Herbst 2016 für 24.000 bis 30.000 Flüchtlinge sogenannte modulare Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen. Das sind Fertigbauten, in denen jeweils bis zu 450 Menschen leben sollen. Diese Unterkünfte in Schlichtbauweise unterlaufen die gängigen Baustandards. Es zeichnet sich ab, dass diese „MUFs“ sowie Container am Stadtrand bzw. in Bezirken wie Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Spandau konzentriert werden. Die Ballung von Unterkünften in bestimmten, vor allem Randge-

bieten erschweren oder verhindern Integrationsprozesse und schaffen ghettoartige Verhältnisse. Das lehnen wir genauso ab wie die Einrichtung von Schulen, in denen ausschließlich Flüchtlingskinder unterrichtet werden.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung schreibt Flüchtlingsunterkünften in Modulbauten Pioniercharakter bei der Entwicklung des Wohnungsbaus zu. Das bedeutet eine Festlegung auf ein Wohnprovisorium für bestimmte Bevölkerungsgruppen: für Geflüchtete, Studierende, Geringverdienende und Senioren. Eine solche Unterbringung entspricht aber nicht den realen Bedürfnissen der Menschen, ganz gleich welcher Bevölkerungsgruppe sie angehören. Für die Bezieher niedriger Einkommen darf es keine Sonderarchitektur von minderer Qualität geben! Die DKP fordert menschenwürdigen und bezahlbaren, öffentlich finanzierten Wohnraum und eine soziale Infrastruktur für alle, das heißt vor allem mehr Kitaplätze, Schulen und Jugendzentren!

Mit der wachsenden Zahl der Geflüchteten zeigte sich immer deutlicher, was die Bundesregierung unter „Willkommenskultur“ versteht: die Abschottung der „Festung Europa“. Mittlerweile ist die Balkanroute dicht. Die entlang dieser Strecke liegenden Länder haben ihre Grenzen mit Stacheldrahtzäunen bewehrt, andere haben die Grenzkontrollen verschärft. Züge und Busse wurden gestoppt und zu Fuß ankommende Flüchtlinge aufgehalten. Provisorische Unterkünfte und Zelte wurden abgerissen und bisweilen Tränengas, Wasserwerfer, und Elektroschocker gegen verzweifelte Flüchtlinge, gegen Kinder, Kranke, Alte eingesetzt. Die Außengrenze Europas wird von der Grenzschutzagentur FRONTEX „gesichert“. Zugleich greift Deutschland in die Grenzhöhe schwächerer EU-Länder ein, um die Freizügigkeiten des Schengen-Raums im Interesse der Konzerne aufrecht zu erhalten.

## Schluss mit der Verletzung des Völkerrechts!

Die führenden EU-Länder, insbesondere Deutschland, regeln die Einwanderungspolitik in ihrem Interesse. Sie entziehen sich ihrer Verantwortung als Verursacher der Massenflucht und setzen andere Länder unter Druck bzw.



erpressen oder „kaufen“ sie, um sich der Flüchtlinge zu entledigen. In Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei vereinbarten Merkel und Erdogan eine Massenabschiebung von rund 6.000 Menschen von den griechischen Inseln an die türkische Küste. In der Türkei werden in „Registrierzentren“ die persönlichen Daten und Fingerabdrücke der Flüchtlinge erfasst. Damit haben die Betroffenen faktisch keine Chance mehr, jemals in EU-Ländern Asyl zu erhalten. Für dieses völkerrechtswidrige Vorgehen hat Deutschland Polizisten und Beamte entsandt und beteiligt sich am Einsatz von NATO-Kriegsschiffen in der Ägäis.

Die DKP richtet sich gegen die Verletzung des Völkerrechts (Genfer Flüchtlingskonvention) durch die Abwehr und Abschiebung von Flüchtlingen.

Das Asylrecht wird weiter ausgehöhlt und verschärft, Abschiebungen werden beschleunigt durchgeführt. Die praktizierte Einteilung in Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge ist diskriminierend. Staaten, die kaum Schutz vor Verfolgung und Bedrohung von Leib und Leben bieten, werden zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt in der Absicht, Flüchtlinge dorthin abzuschicken. Die Tagessätze zur Unterbringung und Versorgung werden weiter gesenkt und Ersparnisse von Flüchtlingen eingezogen.

Die DKP protestiert gegen die Einschränkung der Asylgesetze und gegen Sondergesetze für Flüchtlinge zur Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, gegen ihre unzureichende Ausstattung mit notwendigen Mitteln und den erschwerten Zugang zu Bildung, Arbeit und medizinischer Versorgung!

## Dem Rassismus entgegentreten!

Wer von „Wirtschaftsflüchtlings“ spricht, die nach Deutschland kämen, um auf „unsere Kosten“ zu leben, will bewusst die Gesellschaft spalten und Ressentiments schüren. So wird dem „besorgten Bürger“ suggeriert, die Flüchtlinge seien Schmarotzer, seien die Verursacher von Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Wohnungsnot, seien schuld an der Mittelkürzung für Bildung und Kultur. Immer wieder schüren Medien mit überspitzten Darstellungen oder Falschmeldungen Ausländerfeindlichkeit

und Fremdenhass, vor allem gegen Muslime, unterstellen unüberwindbare religiöse und kulturelle Gegensätze und verbreiten auf diese Weise Angst, die leicht in Hass umschlagen kann.

Rechte Parteien, Organisationen und Personen erstarben. Tagtäglich gibt es in Deutschland rassistische und fremdenfeindliche Angriffe auf Flüchtlinge und auf ihre Unterkünfte. Viele Menschen haben sich Pegida angeschlossen, etliche Tausend die AfD gewählt. Das Unbehagen an den politischen Verhältnissen, der millionenfache wirtschaftliche Abstieg oder die Angst davor haben ihren realen Grund in einem Kapitalismus, dessen Krise einfach nicht zu Ende gehen will. Für ihre Sorgen und Nöte machen diese Menschen allerdings die noch Schwächeren verantwortlich. Sie wollen oder können nicht sehen, dass die Ursache ihrer Misere nicht die Flüchtlinge sind, sondern der immer härtere internationale Konkurrenzkampf der großen Konzerne und Monopole.

Die DKP tritt mit aller Entschlossenheit gegen jede Form von Hetze und Fremdenfeindlichkeit und gegen rassistische Anschläge auf und fordert deren konsequente strafrechtliche Verfolgung!

## Sie säen Krieg und ernten Flüchtlinge

Menschen, die ihr Land, ihre Heimat verlassen, tun dies aus verschiedenen Gründen: Not und Armut, Krieg und Terror, Verfolgung und Todesdrohungen. Ihre Existenzgrundlagen sind zerstört. Wollen sie überleben, haben sie keine andere Wahl als zu gehen, ihre Lebenssituation drängt sie dazu. Nach Deutschland kommen sie mit Illusionen. Sie vertrauen den Versprechen, die ihnen gemacht werden und hoffen auf Unterbringung, Arbeit und Bildung. Doch nicht für alle wird sich das erfüllen.

Für die Bundesrepublik sind diejenigen, die bleiben dürfen, Arbeitskraft als Quelle von Mehrwert. Der Bundesverband der Deutschen Industrie und Kanzlerin Merkel gehen davon aus, dass die Immigration Facharbeitskräfte bringt, an denen ansonsten bald Mangel herrschen würde, und außerdem Ungelernte, die Löhne drücken sollen. Speziell die Anlockung syrischer Flüchtlinge dient zugleich dazu, Syrien und seine Regierung weiter zu destabilisieren. Die „Willkommenskultur“ der

Bundesregierung ist also nicht humanistisch motiviert, sondern nüchternes ökonomisches, innen- und außenpolitisches Kalkül. Den deutschen Konzernen soll dadurch ein Arbeitskräftereservoir geschaffen, der Mindestlohn auf diesem Wege unterlaufen und die Konkurrenz am Arbeitsmarkt verschärft werden. Die Lohnabhängigen in diesem Land, egal ob hier geboren oder aus Not hierhergekommen, haben die gleichen Gegner. Es sind die Banken und Konzerne sowie die in deren Interesse regierenden Parteien. Wir müssen solidarisch für unsere gemeinsamen Interessen zusammenstehen und kämpfen! Die DKP fordert deshalb weiterhin: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ganz egal, wer sie erbringt!

Krieg ist Fluchtursache Nummer Eins! Gezielt versucht die Bundesregierung, von ihrer Mitverantwortung daran abzulenken. Weltweit werden imperialistische Kriege geführt, um die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus aufzuhalten und die Profite von Banken und Konzernen zu sichern. Es geht um Ressourcen und Rohstoffe, um Transportwege und Absatzmärkte, um Einflussphären und Stützpunkte – und nicht um die Menschen, ihre Rechte und ihre Freiheit, wie man uns weismachen will.

Der Hauptaggressor sind die USA und die von ihr geführte NATO, ein Kriegsbandnis, in dessen Rahmen Deutschland seine imperialistischen Ziele umzusetzen versucht. Deshalb ist die deutsche Bundeswehr führend mit dabei. Seit der Beteiligung am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien ist sie permanent in Kriegen eingesetzt. Deshalb soll der Militärhaushalt in den nächsten Jahren um zwei Drittel erhöht werden auf dann jährlich ca. 58 Mrd. Euro. Jahr für Jahr werden diese Mittel im sozialen Bereich fehlen! Für die weitere massive Aufrüstung der Bundeswehr sind dabei insgesamt 130 Mrd. Euro vorgesehen. Die selbstgesetzte Obergrenze von 180.000 Soldaten soll wieder überschritten werden. Es ist dies eine Investition in die weitere Militarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und in Tod und Zerstörung anderer Völker und Länder.

Mit diesen 130 Milliarden Euro ließe sich den zerstörten Ländern beim Wiederaufbau ihrer Städte, bei der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft helfen. Es ließen sich damit Krankenhäuser und Schulen errichten und

eine funktionierende Wasserversorgung gewährleisten. In unserem Land, auch in Berlin, könnten Wohnungen, Schulen und Sporthallen gebaut werden. Das Geld könnte für Kultur und Freizeit, für die soziale Betreuung von Kindern, Jugendlichen und alten Menschen verwendet werden. Stattdessen wirbt die Bundeswehr an Schulen um Jugendliche und verspricht attraktive berufliche Perspektiven und eine gesicherte Zukunft.

Wer sich mit Flüchtlingen solidarisiert, ihnen helfen und sich Rassisten in den Weg stellen will, muss NEIN sagen zum Krieg, muss aufstehen gegen Militarisierung und Krieg!



# Gegen Krieg und Faschismus – von Berlin muss Frieden ausgehen!

Diejenigen, die den letzten großen Krieg überlebt hatten, die die Toten begruben, die in den zerstörten Städten die Trümmer beseitigten, schworen: „Nie wieder Krieg und Faschismus“.

Und wie sieht es heute aus? Heute leben wir in einer Welt, in der auf der ganzen Erde Kriege geführt werden. Seit der Zerstörung der sozialistischen Staaten folgt ein Krieg dem anderen. Ganze Landstriche werden entvölkert, die Lebensbedingungen der Menschen vernichtet, Staaten werden unregierbar gemacht, das Völkerrecht gebrochen. Krieg gegen die Palästinenser, gegen Irak, Libyen, Syrien ... Der Krieg kommt näher. In der Ukraine wird eine Macht unterstützt, an der offen faschistische Kräfte beteiligt sind, die das Volk ins Elend stürzt, die Krieg führt und bereit ist, ihn verstärkt auf ganz Europa auszuweiten. Provokationen sorgen für Unsicherheit und sind eine Gefährdung des Friedens.

Diese Kriege ergeben sich aus dem Wesen des Kapitalismus. Unter den Bedingungen des imperialistischen Kapitalismus entfalten und vertiefen sich alle Widersprüche: der Gegensatz von Arm und Reich, die Krisen, die Zerstörung der Natur, der Hunger. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren, obwohl die Menschheit die Fähigkeit erlangt hat, alle Menschen dieser Erde satt zu machen. Deshalb sind diese Kriege keine Naturgewalt. Und die vor dem Krieg fliehenden Menschen sind keine „Lawine“, keine „Flut“.

Im Imperialismus können diese Widersprüche nicht gelöst werden. Denn der Profit ist das Ziel der Produktion, die Beherrscher der Banken und Konzerne müssen ihre Macht stärken, ihre internationalen Konkurrenten niederringen oder kleinhalten. Mit Hilfe ihrer Staaten versuchen sie, ihre Ordnung in der Welt durchzusetzen. Das ist die Politik des US-Imperialismus ebenso wie der EU, in der längst die deutsche Monopolbourgeoisie bestimmend ist. Ihre Politik richtet sich gegen die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung – ja der Mehrheit der gesamten Menschheit. Dafür braucht es einen Staat, der Widerstand verhindert, der demokratische Rechte beseitigt. Eine solche Politik führt zu Reaktion auf der ganzen Linie. Verschiedene Bewegungen, Völker und Staaten wollen

sich nicht unterwerfen. Dafür werden sie diskriminiert, ökonomisch erpresst und wenn möglich mit Krieg überzogen. Der Machtbereich der stärksten imperialistischen Monopole soll und muss erweitert werden. Bei der Vorbereitung, Beteiligung und Führung von Kriegen erzielen sie die höchsten Gewinne.

Die Profite steigen, aber Menschen verhungern, ertrinken, werden erschossen. Wir wollen ihre Kriege nicht! Wir sind bedroht, denn die Kriege kommen dahin zurück, von wo sie ausgegangen sind.

Wir leben in Berlin, dem Sitz der Bundesregierung. Ist es unsere Regierung? Wessen Interessen vertritt sie? Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung, rund 70 Prozent, gegen Krieg ist, beteiligt sich diese Regierung an Kriegen. Ohne ihren Militärstützpunkt in Ramstein in der Pfalz könnten die USA ihre Kriege nicht führen. Die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, ein Land, das seinerseits Krieg führt, laufen weiter. Die BRD exportiert ihr Kriegsgerät in die ganze Welt.

Diese Regierung belügt das Volk. So verkündet sie, man müsse die Hauptursache der Flüchtlingsbewegung – den Krieg – beseitigen, erhöht aber gleichzeitig die Rüstungsausgaben und beschließt die Ausweitung ihrer Auslandseinsätze. Ihre willigen Helfer sind die Medien. Sie verbreiten jede Unwahrheit. Sie setzen die Heuchler in Szene und verleumden die Andersdenkenden. Die regierungshörigen Medien erfüllen eine wichtige Aufgabe: Wir sollen nicht erkennen, wer uns schadet, warum wir der Gefahr des Krieges ausgesetzt werden.

In Berlin werden mit allen Ehren die Repräsentanten von Regierungen hofiert, die gemeinsam mit Faschisten regieren – wie in der Ukraine, von Regierungen, die in ihrem Land die Rechte der Werktätigen missachten, die mit mittelalterlichen Methoden ihre Macht sichern und einen Krieg gegen ein Nachbarland vom Zaun gebrochen haben – wie Saudi-Arabien. Oder die Türkei, die einen Krieg gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung führt und mit dem IS unter einer Decke steckt. Mit der Politik solcher Länder befindet sich die deutsche Regierung in der Frage Krieg-Frieden in Übereinstimmung. Die deutsche Regierung – in welcher Koalition auch immer –, die sich mit solchen Regierungen wie den genannten verbündet, versucht nichtsdestotrotz den

Anschein zu erwecken, dass sie sich vom deutschen Faschismus distanziert. Scheinbar erschrocken äußert sie sich über den Rechtsruck in Europa und in Deutschland. Aber ihre Politik – ihre Gesetze, ihre Verordnungen, ihr konkretes Handeln – zielt in die gleiche Richtung wie die der Rechten. Ohne den Schutz der Polizei hätten die Neofaschisten die Öffentlichkeit auf der Straße nie erlangen können. Der Zusammenhang von NSU und Verfassungsschutz ist so offensichtlich, dass man es nicht mehr verschweigen kann. Wir machen die Erfahrung: Krieg, Verschärfung der Ausbeutung und Abbau demokratischer Rechte bilden unter den Bedingungen des imperialistischen Kapitalismus eine Einheit.

Jeder, der sich einmal in Berlin den Neonazis entgegengestellt hat, konnte erleben, gegen wen die Staatsmacht vorgeht. Die Brandanschläge gegen Flüchtlingsheime werden von der Regierung kritisiert. Aber die Aushöhlung des Asylrechts, die Sperrung der Balkanroute, das Abschieben von Flüchtlingen in die Türkei und in „sichere Herkunftsländer“ haben das gleiche Ergebnis.

Alle Kriege der „westlichen Gemeinschaft“ wurden angeblich zur Befreiung und zur Durchsetzung der Demokratie geführt. Sie haben Elend, weitere nicht endende Kriege, Terror und Brutalität hinterlassen. Wir sollen uns daran gewöhnen, dass die Welt eben so ist, dass die Reichen immer reicher werden, dass Kriege notwendig seien und dass man dagegen nichts tun könne.

## Nicht in unserem Namen!

- Wir sind für: Widerstand gegen Lüge und Heuchelei - Verbreitung der Wahrheit.
- Wir sind für: Widerstand gegen Kriegsführung und -vorbereitung. Deshalb muss die Bundeswehr sofort ihre Auslandseinsätze beenden!
- Wir sind für: Friedensdemonstrationen, Aktivitäten und Kundgebungen gegen Beschlüsse und Reden im Bundestag, die den Krieg vorbereiten. Der Rüstungsetat muss sofort um 20 Prozent und danach jährlich um 10 Prozent reduziert werden!
- Wir sind für Mahnwachen gegen Kriegshetzer und Kriegswerber. Wir wenden uns gegen das Auftreten der Bundeswehr in Schulen, Universitäten und Jobmessen. Schluss damit!
- Wir sind für: Demonstrationen gegen Neofaschisten und gegen Ausländerfeindlichkeit.

Solidarität mit den Opfern der Kriege - Solidarität mit den Unterdrückten!

Gegen Krieg und Faschismus - dafür steht die DKP!







# UNSERE KRISEN BERATER



**NICHT MITSPIELEN,  
SONDERN AUFMISCHEN!**

**DKP**  **BERLIN**  
Deutsche Kommunistische Partei

**AM 18. SEPTEMBER  
DKP WÄHLEN!**